

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Abschnitt: Einleitung, Grundbegriffe</b> .....	1
A. Gegenstand des Polizei- und Ordnungsrechts .....	1
B. Trennungssystem .....	1
C. Formeller, institutioneller und materieller Polizeibegriff .....	1
D. Allgemeines und Sonderordnungsrecht, Subsidiarität .....	2
E. Allgemeine und Sonderordnungsbehörden .....	3
F. Rechtsquellen .....	4
G. Polizei- und Europarecht .....	4
<b>2. Abschnitt: Die ordnungsbehördliche Verfügung</b> .....	4
A. Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer ordnungsbehördlichen Verfügung .....	5
B. Ermächtigungsgrundlage .....	6
I. Definition und Abgrenzung .....	6
II. Erforderlichkeit einer Ermächtigungsgrundlage; Vorbehalt des Gesetzes .....	7
III. Normenhierarchie; Subsidiarität .....	7
1. „Sonderordnungsrecht vor allgemeinem Ordnungsrecht“; § 14 Abs. 2 OBG .....	7
2. „Standardermächtigung vor Generalklausel“ .....	8
IV. Anwendbarkeit der Generalklausel bei atypischen, aber grundrechtsintensiven Eingriffsmaßnahmen? .....	8
C. Formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	9
I. Zuständigkeit; störende Hoheitsträger .....	9
1. Definition und Abgrenzung .....	9
2. Ermittlung der relevanten Zuständigkeitsnorm .....	11
3. Ermittlung der konkret zuständigen Behörde .....	11
4. Außerordentliche Zuständigkeit .....	12
5. Zuständigkeit bei störendem Hoheitsträger; formelle und materielle Ordnungspflicht .....	12
a) Formelle Ordnungspflicht .....	12
b) Materielle Ordnungspflicht .....	14
6. Zusammenfassend zu den oben dargestellten Zuständigkeitsproblemen .....	14
Fall 1: Bundeswehröl im Grundwasser .....	14
II. Verfahrens- und Formanforderungen .....	17
1. Verfahren .....	17
2. Form (im weiteren Sinne) .....	17
3. Anwendbarkeit des VwVfG auch für Realakte? .....	17
D. Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung .....	18
I. Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit .....	18
1. Individualrechtsgüter .....	18
2. Kollektive Schutzgüter .....	18
3. Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen .....	19
4. Objektive Rechtsordnung .....	20
5. Abgrenzung öffentliche und private Sicherheit .....	22
a) Öffentliches Interesse bei Selbstgefährdung .....	22
b) Schutz privater Rechte; Vorrang zivilgerichtlichen Rechtsschutzes .....	23
6. Zusammenfassend zu den Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit .....	24
Fall 2: Meldeauflage gegen Hooligan .....	24
II. Die öffentliche Ordnung .....	27
1. Definition .....	27

2. Verwandte Begriffe .....	27
3. Fallgruppen .....	28
4. Vorgehen bei der Prüfung .....	29
5. Kritik am Tatbestandsmerkmal „öffentliche Ordnung“ und mögliche Gegenargumente .....	31
E. Gefahr, Störung; gesteigerte und subjektive Gefahren .....	33
I. Definition und Erläuterungen .....	33
1. Gefahr .....	33
2. Störung .....	34
II. Konkrete Gefahr .....	34
III. Qualifizierungen der konkreten Gefahr .....	35
1. Nach der zeitlichen Nähe des (möglichen) Schadenseintritts .....	35
2. Nach dem Rang des bedrohten Rechtsguts .....	35
3. Dringende Gefahr .....	35
a) Gleichsetzung mit erheblicher Gefahr .....	36
b) Gleichsetzung mit gegenwärtiger Gefahr .....	36
IV. Anscheinsgefahr – Gefahrenverdacht – Putativgefahr .....	36
1. Gemeinsamkeit dieser drei Gefahrbegriffe .....	36
2. Abgrenzung .....	36
a) Putativ-/Scheingefahr .....	37
b) Anscheinsgefahr .....	37
c) Gefahrenverdacht .....	37
3. Klausurhinweise – Fallkonstellationen .....	38
F. Störer; polizei- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit .....	40
I. Standort der Prüfung im Fallaufbau .....	40
II. Relevanz der Abgrenzung Störer – Nichtstörer .....	40
III. Die polizei-/ordnungspflichtigen Personen .....	40
IV. Verhaltensstörer bzw. Handlungshaftung gemäß § 17 OBG/§ 4 PolG .....	41
1. Verantwortlichkeit für eigenes Handeln; § 17 Abs. 1 OBG/§ 4 Abs. 1 PolG .....	41
2. Zusatzverantwortlichkeit gemäß § 17 Abs. 2, Abs. 3 OBG/ § 4 Abs. 2, Abs. 3 PolG .....	42
3. Subsidiaritätsklausel gemäß § 17 Abs. 4 OBG/§ 4 Abs. 4 PolG .....	43
V. Zustandsstörer bzw. Zustandshaftung gemäß § 18 OBG/§ 5 PolG .....	43
1. Ausgangslage .....	43
2. Eigentümer gemäß § 18 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 OBG/§ 5 Abs. 2 PolG .....	44
3. Inhaber der tatsächlichen Gewalt gemäß § 18 Abs. 2 S. 1 OBG/ § 5 Abs. 1 S. 1 PolG .....	45
4. Verhältnis der Zustandshaftung von Eigentümer und Gewaltinhaber .....	45
5. Subsidiaritätsklausel .....	46
VI. Nichtstörer bzw. Notstandspflichtiger gemäß § 19 OBG bzw. § 6 PolG .....	47
1. Voraussetzungen der Inanspruchnahme .....	47
Fall 3: Der unwillige Vermieter .....	47
2. Ansprüche auf Beendigung bzw. Beseitigung der Folgen der Notstandsinsanspruchnahme .....	51
3. Mögliches Folgeproblem: § 39 Abs. 1 a) OBG .....	52
VII. Anscheins- bzw. Verdachtsstörer .....	52
1. Anscheinsstörer .....	52
2. Verdachtsstörer .....	53
3. Mögliche Folgeprobleme .....	53
VIII. Kausalitätstheorien – Zweckveranlasser – latenter Störer .....	54

1. Kausalitätstheorien .....	54
Fall 4: Prostitution mit Hindernissen .....	54
2. Rechtliche Probleme beim sog. Zweckveranlasser .....	60
3. Der latente Störer .....	62
IX. Wegfall der Ordnungspflicht bzw. Grenzen der Verantwortlichkeit .....	62
1. Haftungsreduktion wegen „Opferposition“ .....	62
2. Legalisierungswirkung .....	63
3. Verzicht .....	64
4. Verwirkung von Eingriffsbefugnissen .....	64
5. Verjährung des Gefahrbeseitigungsanspruchs .....	64
X. Verantwortlichkeit bei Rechtsnachfolge in die Verantwortlichkeit als Störer .....	65
1. Faktisches Bedürfnis .....	65
2. Relevanz überwiegend im Sonderordnungsrecht .....	65
3. Voraussetzungen der Rechtsnachfolge in die Ordnungspflicht .....	65
a) Wirksame Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge .....	65
b) Übergangs- und Nachfolgetatbestand .....	66
c) Übergangsfähigkeit der ordnungsrechtlichen Verantwortlichkeit .....	66
4. Klausurhinweise – Fallkonstellationen .....	67
a) Rechtsnachfolge in die abstrakte Verantwortlichkeit .....	67
aa) Zustandsverantwortlichkeit .....	67
bb) Verhaltensverantwortlichkeit .....	67
Fall 5: Böse Überraschung durch Altlasten .....	67
b) Rechtsnachfolge in die konkrete Verantwortlichkeit .....	70
aa) Übergangstatbestand vorhanden .....	70
bb) Übergangstatbestand fehlt .....	70
Fall 6: Die unsichere Behörde .....	71
5. Prozessuale Probleme bei Rechtsnachfolge in die konkrete Verantwortlichkeit .....	73
Fall 7: Wer ist Kläger? .....	73
XI. Störmehrheit – Auswahl und Innenausgleich .....	73
1. Kriterien für das Auswahlermessen .....	73
a) Vor Erlass der Ordnungsverfügung (Primärebene) .....	74
b) Vor Erlass eines Kostenbescheides wegen Gefahrenabwehrmaßnahmen (sog. Sekundärebene) .....	74
2. Innenausgleich .....	75
G. Ermessen .....	75
I. Opportunitätsprinzip .....	75
II. Ermessensfehler .....	76
1. Ermessensnichtgebrauch .....	76
2. Ermessensfehlgebrauch .....	77
3. Ermessensüberschreitung .....	77
III. Pflicht zum Einschreiten wegen Ermessensreduzierung auf Null .....	78
IV. Anspruch des Bürgers auf polizei- und ordnungsbehördliches Handeln .....	79
H. Verhältnismäßigkeit .....	80
I. Gesetzliche Grundlagen .....	80
II. Verhältnismäßigkeit betreffend das konkret gewählte Mittel .....	80
III. Verhältnismäßigkeit in zeitlicher Hinsicht .....	83
I. Bestimmtheit; Grundrechte .....	84
I. Bestimmtheit .....	84
1. Adressat .....	84

2. Inhalt .....	85
3. Fehlerfolgen .....	85
4. Standort der Prüfung .....	86
II. Grundrechte .....	86
<b>3. Abschnitt: Besonderheiten der polizeilichen Verfügung</b> .....	86
A. Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer polizeilichen Verfügung .....	86
B. Vorbemerkung .....	87
C. Beispiele für § 8 Abs. 1 PolG .....	87
D. Polizeifestigkeit von Presse bzw. Versammlungen .....	88
I. „Polizeifestigkeit der Presse“ .....	88
II. „Polizeifestigkeit von Versammlungen“ .....	89
E. Präventive Befugnisnormen außerhalb des Polizeigesetzes („Sonderpolizeirecht“) .....	89
F. Aufbau der Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen; Arten der Polizei .....	90
G. Präventive und repressive Zuständigkeit der Polizei; doppelfunktionale Maßnahmen .....	91
I. Präventive und repressive Zuständigkeit .....	91
II. Relevanz der Abgrenzung präventiv – repressiv .....	91
III. Doppelfunktionale Maßnahmen .....	93
Fall 8: Der verzweifelte Referendar .....	94
H. Präventive Zuständigkeiten der Polizei, insbesondere Eilfall- bzw. Sekundärzuständigkeit .....	96
<b>4. Abschnitt: Standardermächtigungen</b> .....	98
A. Vorbemerkung; gemeinsame Problemstellungen .....	98
I. Zum Begriff Standardermächtigung bzw. Standardmaßnahme .....	98
II. Rechtsgrundlagen .....	99
III. Arten der Standardermächtigungen .....	99
IV. Reichweite der Standardermächtigungen .....	100
V. Verantwortlichkeit .....	101
VI. Besonderheiten bei der Prüfung von Standardmaßnahmen .....	101
1. Besondere Verfahrensanforderungen .....	101
2. Anordnungsbefugnis .....	102
B. Datenverarbeitung, §§ 9–33 PolG .....	103
I. Vorbemerkung .....	103
1. Bedeutung des sog. „Volkszählungsurteils“ .....	103
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (RiS) im Landesrecht NRW .....	103
3. Grundbegriffe und Definitionen .....	104
II. Datenerhebung, §§ 9–20 PolG .....	104
1. Allgemeine Regeln bzw. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	104
a) Formelle Rechtmäßigkeit, Verfahren .....	104
b) Materielle Rechtmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit .....	105
2. Besondere bzw. zusätzliche Anforderungen an verdeckte Datenerhebungsmaßnahmen; Kernbereichsschutz .....	105
a) Anlasstatsache und Eingriffsschwelle .....	105
b) Verhältnismäßigkeit .....	106
c) Schutz des Kernbereich privater Lebensgestaltung .....	106
d) Behördenleiter-/Richtervorbehalt .....	106
e) Benachrichtigungspflicht .....	106

f) Kennzeichnungspflicht .....	107
3. Generalklausel; § 9 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 1 OBG) .....	107
4. Identitätsfeststellung gemäß § 12 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 4 OBG) .....	107
5. Sonstige Spezialbefugnisse für Maßnahmen der Datenerhebung (Überblick) .....	109
a) Vorladung gemäß § 10 Abs. 1, Abs. 2 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 2 OBG) .....	109
b) Erkennungsdienstliche Maßnahmen gemäß § 14 PolG .....	109
c) Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen gemäß § 15 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 6 OBG) .....	111
d) Videoüberwachung gemäß § 15 a PolG .....	111
e) Datenerhebung durch Observation gemäß § 16 a PolG .....	111
f) Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel gemäß § 17 PolG .....	111
g) Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen gemäß § 18 PolG .....	111
h) § 19 PolG ermöglicht die Datenerhebung durch Einsatz von sog. V-Leuten .....	111
i) § 20 PolG die Datenerhebung durch den Einsatz verdeckter Ermittler (Legaldefinition in § 20 Abs. 1 PolG) .....	111
6. Datenerhebung aus der Telekommunikation gemäß §§ 20 a, b PolG .....	112
III. Datenverarbeitung (im engeren Sinne), §§ 21–31 PolG .....	112
1. Speicherung, Veränderung, Nutzung, §§ 22–25 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 7, 8 OBG) .....	112
a) Legaldefinitionen .....	112
b) Befugnisnormen .....	112
2. Datenübermittlung, §§ 26–31 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 9–11 OBG) .....	113
a) Legaldefinition .....	113
b) Befugnisnormen .....	113
IV. Berichtigung, Löschung, Sperrung, § 32 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 12 OBG) .....	114
1. Legaldefinition .....	114
2. Rechtsgrundlagen .....	114
3. Ansprüche von Betroffenen .....	114
C. Platzverweis, befristetes Aufenthaltsverbot, § 34 PolG .....	115
I. Platzverweis, § 34 Abs. 1 PolG .....	115
II. Befristetes Aufenthaltsverbot bzw. qualifizierter Platzverweis, § 34 Abs. 2 PolG .....	116
D. Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt, § 34 a PolG .....	118
I. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	118
II. Folgeprobleme .....	120
E. Gewahrsam, §§ 35–38 PolG .....	120
I. Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer Ingewahrsamnahme .....	120
II. Überblick und Normensystematik .....	121
III. Richtervorbehalt und richterliche Entscheidung, § 36 PolG .....	122
IV. Gewahrsamsgründe gemäß § 35 PolG; Arten des Gewahrsams .....	122
V. Sonstige Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Ingewahrsamnahme .....	124
Fall 9: Knast wegen ruhestörenden Lärms? .....	125
VI. Rechtsschutz und Rechtsweg .....	128
VII. Folgeansprüche .....	130
VIII. Klausurhinweise – Fallkonstellationen .....	130

F. Durchsuchung von Personen, § 39 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	131
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit der Durchsuchung einer Person	131
I. Überblick	131
II. Durchsuchung – Untersuchung – Nachschau	132
III. Durchsuchungsgründe	133
IV. Klausurhinweise – Fallkonstellationen	134
G. Durchsuchung von Sachen, § 40 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	135
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit der Durchsuchung einer Sache	135
I. Überblick	135
II. Begriffsbestimmung und Abgrenzung	136
III. Durchsuchungsgründe	136
H. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen, §§ 41, 42 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	138
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit der „Betreutung“ von Wohnungen	138
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit der „Durchsuchung“ (ohne vorherige richterliche Anordnung)	139
I. Überblick	139
II. Wohnung – öffentlich zugängliche Räume – Wohnungsinhaber	140
III. Betreten – Durchsuchung – Nachschau/Besichtigung	141
IV. Richtervorbehalt gemäß § 42 Abs. 1 PolG (Anordnungsbefugnis)	142
V. Anmerkungen zu einzelnen Ermächtigungsgrundlagen	143
VI. Rechtmäßigkeit der „Durchsuchung“ (ohne vorherige richterliche Anordnung)	144
VII. Rechtsschutz des Wohnungsinhabers	145
VIII. Klausurhinweise – Fallkonstellationen	146
I. Sicherstellung und Verwahrung – Verwertung – Vernichtung, §§ 43–46 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	147
I. Sicherstellung und Verwahrung, §§ 43, 44 PolG	147
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer Sicherstellungsanordnung durch die Polizei gegenüber anwesendem Adressaten (VA)	147
1. Überblick	148
2. Definition, Reichweite und Zweckrichtung der Sicherstellung	148
3. Abgrenzung Sicherstellung – Beschlagnahme	149
4. „Adressateneutrale Sicherstellung“	149
5. Taugliche Sicherstellungsgegenstände	150
6. Sicherstellungsgründe	150
7. Öffentlich-rechtliche Verwahrung gemäß § 44 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG); Ersatzansprüche	152
8. Klausurhinweise – Fallkonstellationen	153
II. Verwertung, § 45 Abs. 1–3 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	154
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit der Verwertung einer Sache durch die Polizei	154
III. Unbrauchbarmachung oder Vernichtung sichergestellter Sachen, § 45 Abs. 4 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG)	157
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer Vernichtungsanordnung	157

IV. Anspruch auf Herausgabe sichergestellter Sachen gemäß § 46 Abs. 1 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG) oder als Folgenbeseitigungsanspruch; Rechtswegprobleme .....	160
Fall 10: Der trickreiche Containeraufsteller .....	162
V. Herausgabe des Erlöses aus Verwertung einer sichergestellten Sache gemäß § 46 Abs. 2 S. 1 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG) .....	166
VI. Kostenanspruch wegen Sicherstellung und Verwahrung gemäß § 46 Abs. 3 PolG (i.V.m. § 24 Nr. 13 OBG) – Zusammenspiel von § 77 VwVG/GebG/VO-VwVG NRW – .....	167
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheides wegen Auslagen für Sicherstellung oder Verwahrung .....	167
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheides wegen Gebühren anlässlich einer Sicherstellung oder Verwahrung .....	168
<b>5. Abschnitt: Verwaltungsvollstreckung – Vollzugshilfe</b> .....	175
A. Einleitung – Grundbegriffe .....	175
I. Vollstreckungsfähiger GrundVA .....	175
II. Beitreibung – Verwaltungszwang .....	175
1. Vollzugsbehörde/Vollstreckungsbehörde .....	176
2. Pflichtiger/Vollstreckungsschuldner .....	176
III. Rechtsquellen (im Landesrecht NRW) .....	176
IV. Gestrecktes Verfahren – Sofortvollzug (Überblick) .....	177
V. Zulässige Zwangsmittel .....	178
VI. Ermächtigungsgrundlage für Maßnahmen des Verwaltungszwangs .....	178
B. Rechtmäßigkeit der Androhung, Festsetzung bzw. Anwendung eines Zwangsmittels im gestreckten Verfahren .....	179
I. Prüfschema: Rechtmäßigkeit der Anwendung eines Zwangsmittels im gestreckten Verfahren .....	179
II. Prüfschema: Rechtmäßige Androhung oder Festsetzung eines Zwangsmittels .....	181
III. Erläuterung der einzelnen Voraussetzungen der obigen Prüfschemata .....	181
1. Zuständigkeit .....	181
2. Wirksamkeit des GrundVA .....	183
3. Rechtmäßigkeit des GrundVA .....	183
4. Auswahl des richtigen Zwangsmittels .....	184
a) Ersatzvornahme .....	184
b) Zwangsgeld .....	185
c) Unmittelbarer Zwang .....	185
d) Verhältnis der Zwangsmittel zueinander .....	188
5. Ordnungsgemäße Androhung des Zwangsmittels .....	189
a) Funktion .....	189
b) Unterschiedliche Befugnisnormen für unmittelbaren Zwang bzw. sonstige Zwangsmittel .....	189
c) Fehlerfolgen .....	189
d) Androhung von Ersatzvornahme oder Zwangsgeld .....	190
e) Androhung unmittelbaren Zwangs .....	192
f) „Neue Androhung“ .....	193
6. Ordnungsgemäße Festsetzung des (angedrohten) Zwangsmittels .....	193
a) Funktion .....	193

b) Unterschiedliche Anforderungen für Polizei- und Ordnungsbehörden .....	194
c) Fehlerfolgen .....	194
d) Festsetzung der Zwangsmittel Ersatzvornahme oder unmittelbarer Zwang .....	194
e) Festsetzung von Zwangsgeld .....	195
aa) Rechtsquellen .....	195
bb) (Gemeinsame) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	195
7. Ordnungsgemäße Anwendung des (angedrohten und festgesetzten) Zwangsmittels .....	197
a) Gemeinsame Voraussetzungen .....	197
aa) Besondere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen .....	197
bb) Allgemeine Tatbestandsvoraussetzungen .....	197
b) Anwendung der Ersatzvornahme .....	198
c) Beitreibung von Zwangsgeld .....	199
d) Anwendung unmittelbaren Zwangs .....	199
aa) Gemeinsame Voraussetzungen .....	199
bb) Besonderheiten für Ordnungsbeamte .....	199
cc) Besonderheiten für Polizeibeamte .....	200
dd) Finaler Rettungsschuss, § 63 Abs. 2 S. 2 PolG .....	200
8. Kein Vollstreckungshindernis .....	201
a) Vollstreckungshindernis gemäß § 65 Abs. 3 S. 1 VwVG .....	201
b) Vollstreckungshindernis wegen rechtlicher Unmöglichkeit .....	202
c) Prozessuale Geltendmachung von Vollstreckungshindernissen (Überblick) .....	203
IV. Vollzugshilfe.....	204
C. Rechtmäßigkeit der Anwendung von Zwangsmitteln im Sofortvollzug .....	205
I. Anwendungsbereich .....	205
II. Prüfschema: Rechtmäßigkeit der Anwendung von Zwangsmitteln im Sofortvollzug .....	207
D. Rechtsnatur von Maßnahmen des Verwaltungsvollzugs und Rechtsschutz .....	208
I. Relevanz der Abgrenzung VA – Realakt .....	208
II. Rechtsnatur von Androhung, Festsetzung und Anwendung von Zwangsmitteln .....	209
1. Androhung .....	209
2. Festsetzung .....	209
3. Anwendung des Zwangsmittels .....	210
E. Klausurhinweise – Fallkonstellationen .....	210
I. Materielle Fallfragen .....	210
II. Prozessuale Fallfragen .....	211
<b>6. Abschnitt: Kosten des Verwaltungszwangs</b> .....	211
A. Grundbegriffe – Zusammenspiel von § 77 VwVG/GebG/VO-VwVG .....	211
B. Anspruchsgrundlagen für Kosten des Verwaltungszwangs .....	215
I. Kosten des unmittelbaren Zwangs .....	215
II. Kosten der Ersatzvornahme .....	215
■ Prüfschema: Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheides wegen Auslagen .....	215
1. Anspruchsgrundlage für Auslagen .....	216
2. Anspruchsgrundlage für Gebühren .....	217
3. Kein Anspruch aus öffentlich-rechtlicher GoA .....	217



C.	Anspruchsvoraussetzungen für Kosten des Verwaltungszwangs .....	217
I.	Voraussetzungen eines Auslagenerstattungsanspruchs .....	217
II.	Voraussetzungen eines Gebührenanspruchs .....	218
D.	Klausurhinweise – Fallkonstellationen .....	218
I.	Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Kostenbescheid .....	218
II.	Klage auf Rückzahlung möglicherweise zu Unrecht gezahlter Kosten .....	218
Fall 11:	Abschleppkosten .....	219
Fall 12:	Abwandlung zu Fall 11 .....	226
<b>7.</b>	<b>Abschnitt: Abschleppen von Kraftfahrzeugen –</b>	
<b>mögliche Probleme und Fallkonstellationen</b>	.....	227
A.	Vorüberlegung .....	227
B.	Verstoß gegen die StVO .....	228
I.	Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen .....	228
II.	Wegfahrgebot durch Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtung .....	230
1.	Rechtsnatur des Abschleppens .....	230
2.	Mögliche Probleme .....	230
III.	(Fiktives) Wegfahrgebot durch Beamten .....	231
1.	Wegen rechtswidrigen Parkens (ohne Verkehrszeichen) .....	231
2.	Wegen Verstoßes gegen § 32 StVO .....	231
C.	Verstoß gegen § 18 Abs. 1 StrWG NRW (unzulässige Sondernutzung) .....	232
D.	Verstoß gegen abfallrechtliche Vorschriften .....	232
E.	Sicherstellung und Verwahrung des Fahrzeugs erfolgt, um damit eine Gefahr abzuwehren .....	233
I.	die vom Fahrzeug ausgeht .....	233
II.	die für das Fahrzeug selbst droht .....	233
<b>8.</b>	<b>Abschnitt: Schadensausgleich aufgrund von Gefahrenabwehrmaßnahmen</b>	233
A.	Mögliche Anspruchsgrundlagen und Rechtsfolgen (Überblick) .....	233
I.	Schadensausgleich bei rechtswidrigen Maßnahmen .....	233
II.	Schadensausgleich bei rechtmäßigen Maßnahmen .....	234
B.	Entschädigung gemäß § 39 Abs. 1 a) OBG (i.V.m. § 67 PolG) .....	235
■	Prüfschema: Anspruch auf Entschädigung bzw. Schadensausgleich wegen rechtmäßiger Inanspruchnahme als Nichtverantwortlicher bzw. Notstandspflichtiger .....	235
I.	Tatbestands-/Anspruchsvoraussetzungen .....	236
1.	Rechtmäßige Inanspruchnahme als Nichtverantwortlicher .....	236
a)	Inanspruchnahme .....	236
b)	Rechtmäßige Inanspruchnahme als Nichtstörer nach § 6 PolG, § 19 OBG .....	236
c)	Unbeabsichtigte Inanspruchnahme eines Dritten .....	236
d)	Verdachtsstörer/Anscheinstörer .....	236
e)	Anwendung bei rechtswidriger Inanspruchnahme .....	236
2.	Schaden .....	236
a)	Vermögensschaden .....	237
b)	Nichtvermögensschäden .....	237
3.	Unmittelbarkeitszusammenhang zwischen Gefahrenabwehrmaßnahme und Schaden .....	237
4.	Richtiger Anspruchsteller/Aktivlegitimation .....	238
a)	Unmittelbar Geschädigter .....	238

b) Mittelbar Geschädigter .....	238
5. Richtiger Anspruchsgegner/Ausgleichspflichtiger/Passivlegitimation .....	238
II. Rechtsfolgen .....	238
1. Entschädigung/Ausgleich .....	238
2. Bei Anlass: Ausschluss/Minderung des Entschädigungsanspruchs .....	239
III. Bei Anlass: Keine Verjährung; vgl. § 41 OBG .....	239
IV. Rechtsweg .....	239
C. Entschädigung gemäß § 39 Abs. 1 b) OBG (i.V.m. § 67 PolG) .....	240
I. Prüfungsreihenfolge .....	240
II. Tatbestands-/Anspruchsvoraussetzungen .....	241
III. Rechtsfolgen .....	242
1. Entschädigung .....	242
2. Bei Anlass: Ausschluss/Minderung der Entschädigung/des Schadens- ausgleichs .....	242
IV. Bei Anlass: Verjährung .....	242
V. Rechtsweg .....	242
<b>9. Abschnitt: Die ordnungsbehördliche Verordnung, §§ 25–38 OBG .....</b>	<b>243</b>
A. Definition, Abgrenzung, möglicher Inhalt .....	243
I. Definition .....	243
II. Abgrenzungsprobleme; materielle und prozessuale Relevanz der Abgrenzung .....	243
III. Möglicher Inhalt .....	244
B. Rechtmäßigkeit einer ordnungsbehördlichen Verordnung gemäß § 27 Abs. 1 OBG .....	245
I. Prüfschema: Rechtmäßigkeit einer ordnungsbehördlichen Verordnung gemäß § 27 Abs. 1 OBG .....	245
II. Ermächtigungsgrundlage .....	246
III. Formelle Rechtmäßigkeit der Verordnung .....	246
IV. Materielle Rechtmäßigkeit der Verordnung .....	248
C. Besonderheiten .....	251
I. Bei Bußgeldtatbeständen .....	251
II. Bei ordnungsbehördlichen Verordnungen von Bezirksregierung oder Ministerium .....	251
1. Verordnung eines Ministeriums gemäß § 26 OBG .....	251
2. Verordnung der Bezirksregierung, § 27 Abs. 2 OBG .....	251
D. „Dreistufiger Prüfungsaufbau“ .....	251
E. Rechtsschutz gegen ordnungsbehördliche Verordnungen .....	253
I. Normenkontrollverfahren .....	253
II. Inzidente Normenkontrolle .....	253
1. Feststellungsklage gemäß § 43 Abs. 1, 1. Halbs. VwGO .....	253
2. Sonstige Rechtsbehelfe gegen die unselbstständige Verfügung durch Ordnungs- oder Polizeibeamten .....	254
3. Einspruch gegen Bußgeldbescheid gemäß § 67 OWiG .....	254
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>255</b>